

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 13. November 2008

Antrags-Nr. 08-F-25-0135

**Menschen zusammenführen - Städtepartnerschaften pflegen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP vom 04.11.2008 -**

Vorbemerkung:

Wiesbaden pflegt mit zwölf Städten im In- und Ausland partnerschaftliche Beziehungen. Die 1930 geschlossene Verbindung mit Klagenfurt war die erste offizielle Partnerschaft, an der eine deutsche Stadt beteiligt war.

Neben den offiziellen Kontakten der Rathäuser stehen Begegnungen zwischen den Menschen im Vordergrund. Schüler-, Jugend und Studentenbegegnungen prägen diese genauso wie der interkulturelle Austausch, Kooperationen auf wirtschaftlichem Gebiet, sportliche und bürgerschaftliche Aktivitäten.

Eine lebendige Partnerschaftskultur lebt von den gegenseitigen Kontakten mit den Bürgern der Partnerstädte. Dies findet in Wiesbaden u.a. seinen Niederschlag in der finanziellen Unterstützung der Partnerschaftsvereine durch die Stadt, die sich nach dem Umfang der partnerschaftlichen Aktivitäten bemisst.

Die Städtepartnerschaften haben sich Laufe der Zeit mit unterschiedlichen Schwerpunkten und unterschiedlich intensiv entwickelt.

Denn gerade im Zeitalter der Globalisierung gilt es vor allem, neue Möglichkeiten des internationalen Austausches zu suchen, die fernab der verdichteten europäischen Möglichkeiten liegen. Wirtschaftliche und kulturelle Anknüpfungspunkte sollen hier maßgeblich als Zielsetzung dienen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bemüht sich um die Aufnahme neuer Städtepartnerschaften, um die bisherigen internationalen Beziehungen der Stadt auszuweiten.
2. Die Stadt strebt eine Aufnahme von neuen Partnerschaften, u.a. in der Türkei und den USA, an und setzt sich für ein aktives Bürgerschaftliches Engagement ein.

Hierzu sollen mit in Frage kommenden Kommunen Kontakte geknüpft werden, die langfristig, nach Anerkennung eines regelmäßigen Interessenaustausches, in einer Partnerschaft enden können.

3. Städtepartnerschaften sollen sich für die verbundenen Städte in kultureller, wirtschaftlicher, finanzieller und bürgerschaftlicher Hinsicht zum beiderseitigen Vorteil auswirken. Durch hinreichende Gemeinsamkeiten in Hinblick auf Größe, Bevölkerung, Wirtschaftsstruktur, urbanes Umfeld usw. wird dies begünstigt. Darüber hinaus sind Städtepartnerschaften als Instrument bei der Verfolgung längerfristiger strategischer Ziele - etwa auf dem Gebiet der Integration oder dem Knüpfen wirtschaftlicher Kontakte (Erschließung neuer Märkte) - zu nutzen.

4. Bei partnerschaftlichen Beziehungen, die auf Wiesbadener Seite ihren Schwerpunkt in einem oder mehreren Stadtteilen haben, sind diese als Stadtteilpartnerschaften zu etablieren und dauerhaft zu unterstützen.
 5. Für die Begründung künftiger Partnerschaften ist anzustreben, deren Fortbestand durch wechselseitige Willenserklärungen beider Seiten in regelmäßigen Abständen (alle 5 Jahre) zu bekräftigen.
-

Beschluss Nr. 0571

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP vom 04.11.2008 betr.

Menschen zusammenführen - Städtepartnerschaften pflegen

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2008

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister